

Die Nationalzeitung über die Präsidentenrede.

Auch die Nationalzeitung hat über die Präsidentenrede einen langen Artikel gebracht, in welchem sie den Präsidenten Grabow verherrlicht, dagegen die Thronrede lebhaft angreift. „Wir glauben, sagt dieselbe, daß jeder nicht zur Feudalpartei gehörige Preuße seine Gedanken über das Verfassungsrecht in der Präsidentenrede wiederfindet.“ Die gute Nationale ist selig in diesem ihrem Glauben und findet gerade hierin die große Bedeutung der Präsidentenrede. Leider müssen wir die Nationale in dieser ihrer Glaubensseligkeit führen. Die Nationale scheint zunächst nicht zu wissen, was Feudalpartei heißt, sie wird daher gut thun, das Wort Feudum in einem Lexikon nachzuschlagen. Sie wird dann lernen, daß die Feudalpartei diejenige Partei ist, welche die Lehnsherrschaft mit allen ihren Rechten, wo möglich mit Hörigkeit und Leibeigenschaft zurückzuführen möchte. Zu solcher Partei zählen in Preußen sehr wenige, vor allem nicht die konservative Partei, welcher wir angehören.

Dennoch finden wir und außer uns gar viele keineswegs unsere Gedanken in jener Rede wieder, und zwar zunächst deshalb nicht, weil wir in jener Rede zwar Phrasen, aber keine Gedanken finden und wir noch nicht gewöhnt sind, mit gewissen Blättern die demokratischen Phrasen für Gedanken zu nehmen, und demnächst, weil wir selbst die Verfassung gelesen haben und uns nicht wie gewisse Blätter darauf verlassen, daß alles, was der Herr Präsident sagt, darum auch schon verfassungsmäßig sei. Nach der Verfassung aber steht das Rechtsverhältnis gar anders, als der Herr Präsident es darzustellen beliebt und die demokratischen Herren Redakteure ihm dies ohne eigene Prüfung nachzählen. Wollte sich die Nationale nur einmal die Mühe nehmen, die Verfassung selbst zu lesen, so würde sie sich von den großen Irrthümern in der Präsidentenrede leicht überzeugen. Doch die Herren Verfassungstreuen finden ihre Treue darin, daß sie wohl fremde Verfassungen studiren, aber nicht die eigene, wie jener treue Chemann seine Treue darin fand, daß er um fremde Weiber warb, des eignen Weibes aber nicht gedachte.

Ebenso ist der guten Nationale auch die Geschichte unseres Verfassungslebens nicht recht in Erinnerung geblieben und macht sie der Thronrede einen Vorwurf daraus, daß sie die Sachen darstellt, wie sie sind und nicht, wie die Nationale sie sich gerne vorstellen möchte. Die Thronrede sagt, die jetzige Einrichtung des Heerwesens sei unter Mitwirkung der früheren Landesvertretung ins Leben gerufen und nach den bestehenden Gesetzen zulässig. Dies ist genau der Wahrheit gemäß. Die frühere Landesvertretung von 1858-1861 hat der Regierung die Mittel zur jetzt bestehenden Reorganisation, wenn auch nur provisorisch, bewilligt; die jetzt bestehende Reorganisation ist also unter Mitwirkung der früheren Landesvertretung ins Leben gerufen. Die Nationale wird uns nun zwar erwidern wollen, daß der folgende Landtag die für die Reorganisation bewilligten Geldmittel nicht ferner bewilligt habe. Auch dies ist richtig, ändert aber nichts in jenem Sachverhältnisse. Nachdem einmal der Landtag die Mittel zur jetzt bestehenden Reorganisation bewilligt und diese damit in's Leben gerufen hatte, nachdem mehrere Regimenter neu gebildet, die erforderlichen Offiziere angestellt, die Reorganisation zur vollendeten Thatsache geworden war, konnte die Regierung die also vollendete Reorganisation im folgenden Jahre nicht wieder aufheben. Wer das verlangt, der muß von militärischen Verhältnissen sehr wenig verstehen. Nur Idealisten, welche dem praktischen Leben fern stehen, könnten einen solchen Rückschritt fordern. Wollte man die Reorganisation nicht, nun so mußte man überhaupt nie, auch nicht provisorisch, die Mittel dazu bewilligen. Bewilligte man diese aber, so durfte man auch nicht hinterher ein Aufheben der neuen Einrichtung verlangen. Die jetzt bestehende Reorganisation ist also unter Mitwirkung der früheren Landesvertretung in's Leben gerufen.

Ebenso ist die jetzige Heereseinrichtung nach den Gesetzen zulässig. Das Gesetz vom 3. September 1814 setzt in §. 6 ausdrücklich eine dreijährige Dienstzeit fest. „Die drei ersten Jahre“, heißt es dort, „bestimmt sich die Mannschaft des stehenden Heeres durchgängig bei ihren Fahnen“. Nun weiteres verlangt auch die Reorganisation nicht. Auch dieser Satz der Thronrede ist also genau der Wahrheit gemäß.

Die Thronrede hebt ferner hervor, daß der Gesetzesvorschlag über die Landwehr eine Erleichterung und Abkürzung der Dienstzeit in der Landwehr, sowie eine gerechtere Vertheilung der Kriegsdienstpflicht überhaupt bezweckt habe. Auch dieser Satz ist vollkommen richtig, wenn auch von der Nationale besprochen. Bekanntlich wollte die Regierung in dem Gesetzesvorschlage die Dienstzeit der Landwehr abkürzen und durch die Uebel der wiederholten Mobilmachungen belehrt, eine Uenderung dahin eintreten lassen, daß die ersten Jahrgänge der Landwehr, welche meist unverheirathete Männer umfassen, zur Reserve gezogen, die folgenden dagegen, welche meist Ehemänner befaßen, zur Landwehr verbleiben und nur im äußersten Nothfalle zum Kriegsdienste herangezogen werden sollten. Mit Recht wird dieser Vorschlag in der Thronrede als eine Erleichterung und Abkürzung der Dienstzeit in der Landwehr bezeichnet und darin eine gerechtere Vertheilung der Kriegsdienstpflicht gefunden.

Jeder Unbefangene sieht hiernach, was von den Einwendungen der Nationale gegen die Thronrede zu halten ist.

Die Nationale hat über dem Parteeifer jede Unbefangenheit und jeden kritischen Blick verloren.

Deutschland.

Berlin, 22. Januar. Die Feter des Krönungs- und Ordensfestes wurde auf Allerhöchsten Befehl Sr. Majestät heute begangen. Dabei haben erhalten u. A.:

Das Großkreuz des rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub: Graf v. Königsmark, Wirkl. Geheimen Rath, Ober-Küchenmeister, Kammerherr und Erb-Hofmeister der Kurmarl Brandenburg auf Schloß Plaue.

Das Großkreuz des rothen Adler-Ordens: Graf v. Platen-Hallermund, Königl. hannov. Staats- und Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Den rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub: von Hindersin, General-Lieutenant und General-Inspektor der Artillerie. v. Selchow, Staats- und Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten.

Den rothen Adler-Orden erster Klasse: Fürst v. Lichnowsky auf Kuchelna in Schlesien.

Der Geh. Kommerzienrath Alexander Mendelssohn hat von dem Bildhauer Siemering eine Marmor-Statue Sr. Maj. des Königs ausführen lassen, welche in dem neuen Börsen-Gebäude ihren Platz erhalten soll. Zu dieser Statue hat Sr. Maj. der König dem Künstler gesehen.

Das neueste Justiz-Ministerialblatt enthält ein Erkenntnis des Ober-Tribunals vom 1. v. M., wonach derjenige, welcher einen ungestempelten Wechsel als Bürge unterschreibt, nicht bloß für den Wechselstempel verhaftet, sondern auch die durch die Stempel-Konvention verwirkte Geldstrafe zu zahlen verpflichtet ist; ferner ein Erkenntnis des Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, worin ausgeführt wird, daß gegen die Einziehung einer von der Kirchen-Verwaltung ausgeschriebenen Kirchensteuer, welche zur Deckung eines in der Kirchentasse entstandenen Defizits bestimmt ist, der Rechtsweg nur unter denjenigen Voraussetzungen stattfindet, unter welchen derselbe gegen die Einziehung öffentlicher Abgaben zulässig ist, nämlich nur in den Fällen, wenn von dem Kläger eine Prägravation, oder eine auf Vertrag, Privilegium oder Verjährung beruhende Befreiung von der Steuer behauptet wird.

Köln, 20. Januar. Die „Köln. Bl.“ schreiben: „Wie wir vernehmen, wird bei der Inthronisation des hochw. Herrn Bischofs Dr. Melchers als Erzbischofs von Köln nicht der Ober-Präsident der Rheinprovinz, Herr v. Pommer-Esche, sondern der Ober-Präsident von Westphalen, Herr Staats-Minister a. D. v. Diesberg, anwesend sein. Derselbe wird wahrscheinlich erst gegen Ende Juni stattfinden.“

Aus Thüringen, 19. Januar. Gegenüber den mannigfachen Angriffen, welche die Thurn- und Taxis'sche Postverwaltung seit längerer Zeit in Zeitungen und Vereinen erfahren, ist die Nachricht der „D. A. Z.“ von Interesse, daß eine Anzahl Thüringischer Regierungen — angeblich die Regierungen von Schwarzburg, Sachsen-Meinungen, Reuß i. Linie und Sachsen-Weimar — der Fürstl. Thurn- und Taxis'schen Verwaltung ihr Bedauern über jene Angriffe ausgedrückt haben.

Wien, 18. Januar. (Kr.-Z.) Einem von wohlunterrichteter Hand kommenden Privatbriefe aus Wien entnehmen wir folgende Stelle: In Hofkreisen geht seit längerer Zeit das Gerücht, daß die Stellung des ersten Generaladjutanten Sr. Majestät des Kaisers FML. Grafen Crenneville und des Landeskommandirenden in Ungarn FML. Fürsten v. Lichtenstein einigermaßen erschüttert sei. Diejenigen, welche den Dingen nicht näher stehen, sind darüber um so mehr verwundert, als es bekannt ist, daß beide Kavaliere sich bisher der Gewogenheit Sr. Majestät in hohem Grade zu erfreuen hatten. Das Gerücht sagt weiter, daß ungarischer Einfluß an der Entfernung der beiden Generale arbeite. Ist dieses Gerücht begründet, so wird sich daraus der Schluß ziehen lassen, daß es selbst in einflussreichen Hofkreisen giebt, welchen die jetzt maßgebende Politik der fast unbedingten Willfährigkeit für alle Wünsche Ungarns erste Bedenken einflößt. Man wird sich ferner erinnern, daß es einige Zeit den Anschein hatte, als ob auch die Stellung des FML. v. Benedek, der selbst Magyare, aber Feind der magyarischen Sondergelüste ist, durch den vorherrschenden Einfluß ungarischer Staatsmänner gefährdet sei, und daß man kurz vor der Kaiserreise Anfangs Dezember sogar von dem Rücktritte des Grafen Belcredi sprach, den man auf ähnliche Ursachen zurückführen wollte. Freilich ist es schwer, in solchen Dingen Klar zu sehen; aber es geht daraus doch hervor, daß die Ungarn gegenwärtig in allen wichtigen Angelegenheiten das entscheidende Wort sprechen, oder daß dies im Publikum allgemein geglaubt wird. Ueber den Werth dieser Gerüchte ein bestimmtes Urtheil abzugeben ist natürlich unmöglich; jedenfalls sind sie bezeichnend für die Situation, in welcher wir uns befinden.

Damit die lebhaft weiter geförderte Brennerbahn ihren Zweck vollkommen erfülle, ist es notwendig, daß sie so weit geführt werde, daß in Venedig auch die großen Handelschiffe sofort auf diese Eisenbahn ausgeladen werden können. Zu diesem Zweck hat die österreichische Regierung nun angeordnet, daß in Venedig die Eisenbahn durch die Stadt bis an den Hafen fortgeführt werde, und muß der Bau bis zur Eröffnung der Brennerbahn im künftigen Jahr vollendet sein.

Die heftigen Stürme der letzten Tage nöthigten den italienischen Admiral Bacca, mit zwei Kriegeschiffen im Hafen von Pola Schutz zu suchen; es wurde dem Admiral nicht nur Gastfreundschaft, sondern auch der Salut zugestanden. Er fragte an, ob er die österreichische Flagge salutiren dürfe und ob der Salut erwidert werden würde. Der Hafen-Admiral sah sich veranlaßt,

in Wien telegraphisch anzufragen. Der Kaiser ließ bejähend antworten. Politische Tragweite hat diese Courtoisie wohl nicht, denn die Farben Italiens sind die nämlichen wie die Sardiniens.

Peßh, 20. Januar. Ihre Majestäten der König und die Königin werden, wie „Hirnöl“ schreibt, einer neueren Verfügung zufolge erst am 29. Januar in Peßh eintreffen. — Gestern Vormittag ist im Gebäude des Landes-General-Kommando's in Ofen jene gemischte Kommission zusammen getreten, welche auf allerhöchsten Befehl Sr. Maj. des Kaisers bezüglich der von den Bewohnern der Stadt Peßh angeführten Entfernung der Artillerie-Pulverthürme und Artillerie-Laboratorien aus der Nähe von Peßh zu berathen und die darauf abzielenden Anträge zu erstatten hat.

Ausland.

Brüssel, 20. Januar. Es heißt, die Regierung wolle Antwerpen zum Freihafen erklären, was gewiß ein großer Schritt zur Anbahnung einer Verständigung mit der eigensinnigen Handelsstadt wäre. — Das Abgeordnetenhaus hat die Verathung des Budgets des Innern heute geschlossen und im Gesammtvotum das Budget, das sich auf 11,894,027 Fr. 15 Cents beläuft, mit allen gegen die obligaten Antwerpener Stimmen genehmigt.

Der Justizminister Vava beabsichtigt, wie ich erfahre, gelegentlich der Senatsdebatte über die Revision des Strafgesetzbuchs, die Abschaffung der Todesstrafe und erbliche Milderungen der Unterfuchungshaft zu beantragen. — Die Kinderpest tritt neuerdings in bedenklichem Grade in den nördlichen Provinzen des Landes auf.

Paris, 20. Januar. In diplomatischen Kreisen spricht man von einer in den Beziehungen des niederländischen Hofes zum belgischen eingetretenen sächlichen Erkaltung, für welche als Grund die Entsendung eines einfachen Advokaten, des Dr. Dollez, nach dem Haag, um die Thronbesteigung Leopold's II. anzulindigen, angegeben wird. Holländischerseits will man in dieser Sendung eine besondere Mißachtung erblicken dürfen.

Briefe aus Madagaskar melden, daß die Königin jetzt die katholische Religion in auffallender Weise begünstige. Die Erziehung ihres Adoptivsohnes, des Thronerben, wie ihrer Stieftochter und diejenige von fünfzehn Mädchen aus den ersten Familien des Landes hat sie den Schwestern des heiligen Joseph anvertraut.

Heute Nachmittag um 4 Uhr fand unter dem Vorsitze des Kaisers ein außerordentlicher Ministerrath statt. In demselben wurde die Rede, welche der Kaiser am nächsten Montag halten wird, einer letzten Verathung unterworfen. Es soll ihr die Bewunderung aller Anwesenden zu Theil geworden sein. Doch ist es nicht unmöglich, daß, wie es schon oft vorgekommen, der Kaiser übermorgen ganz andere Dinge sagt, als seine Minister heute zu hören bekamen.

Die hiesigen Behörden treten fortwährend äußerst streng gegen die Presse auf, und überhaupt gegen alles, was zu ihr gehört. So fand das Projekt, dem zufolge eine gewisse Anzahl von Schriftstellern einen Verein oder Klub bilden wollten, keine Gnade vor ihren Augen, und um die Sache kurz zu machen, verweigerte die Polizei die Ermächtigung zu einer Versammlung, worin über das Projekt berathen werden sollte.

Der dritte Sohn des Königs Viktor Emanuel, der sich in Genua befindet, liegt am Tode. Der König hat sich zu ihm begeben, und der Prinz Napoleon einen seiner Adjutanten zu dem hohen Kranken gesandt. — Die Kaiserin Charlotte ist von ihrer Reise in Yucatan wieder in Vera-Cruz zurück. Nach der „Patrie“ wurde sie dort ausgezeichnet und mit großer Begeisterung empfangen. Ehe sie Merida, die Hauptstadt dieser Provinz, verließ, gab sie den Behörden und Notabilitäten der Stadt ein Banket. Auf den Toast, der bei dieser Gelegenheit auf sie ausgebracht wurde, antwortete sie, indem sie auf das Wohl Mexiko's im Allgemeinen und die Halbinsel Yucatan im Besonderen ein volles Glas trank.

London, 19. Januar. In hiesigen politischen Kreisen wird behauptet, es sei zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ein geheimes Abkommen über Mexiko zuwege gebracht worden, dessen Wesenheit darin bestehe, daß Kaiser Napoleon sich verpflichtete, seine Truppen nach Ablauf eines bestimmten Termins heimzurufen, wogegen die Regierung der Vereinigten Staaten sich in Folge jeder gewaltsamen Einmischung in die mexikanischen Angelegenheiten enthalten werde. Ueber den Räumungs-Termin lauten die Angaben verschieden, nach den einen ist er auf ein Jahr, nach anderen auf zwei Jahre festgestellt, die Sache selbst soll zwischen dem Kaiser und Herrn v. Bigelow persönlich abgemacht und außer Herrn Drouyn kein Anderer, auch die Minister nicht, in die Details des Arrangements eingeweiht worden sein. Es entsteht nun allerdings die Frage, ob Johnson und Seward die Macht haben werden den Kongreß zu beruhigen, wenn dessen Interventionslust dringend werden sollte, eine Frage, die Herr Drouyn direkt an Herrn Bigelow gerichtet haben soll. Die Antwort lautete, wie es heißt, sehr zuversichtlich dahin, daß der Kongreß in auswärtigen Angelegenheiten der Weisheit und Erfahrung des Staatssekretärs volles Vertrauen schenke, und daß das Volk der Vereinigten Staaten zu großen Opfern bereit sei, um die alten freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich ungestört zu erhalten.

Gar traurig ist bei dem Untergange des „London“ der Gedanke, daß der Kapitän, der lieber mit den Anderen sterben, als den Davonfahrenden sich anschließen wollte, das Vorübergehen des Sturmes ohne großen Nachtheil für die Passagiere und die Führer des Schiffes in Plymouth hätte abwarten können. Er führte keine Postkassette mit sich, die ihm gewisse Verpflichtungen auferlegt hätten, das Barometer war binnen 24 Stunden um einen Zoll gefallen, tausend andere Anzeichen weisagten böses Wetter, in allen Häfen der Südküste, auch in Plymouth, waren die Sturmsignale

